

Gute Argumente statt teurer Versprechen – das braucht Bonn!

Wahlprogramm der FDP Bonn zur Kommunalwahl 2014

1	Bonn muss Zukunft haben.....	3
2	Finanzen.....	4
3	Schule.....	5
4	Kinder, Jugend und Familie.....	9
5	Soziales.....	11
6	Integration	12
7	Wirtschaft.....	14
8	Internationales.....	17

9	Kultur	19
10	Verkehr.....	22
11	Wohnen und Bauen.....	23
12	Sicherheit.....	25
13	Umwelt.....	26
14	Sport.....	26
15	Bürgerbeteiligung.....	28
16	Verbote verbieten.....	30

1 Bonn muss Zukunft haben

Bonn ist eine liebenswerte Stadt - dank seiner Bürgerinnen und Bürger.

Bonn ist eine Stadt, die wächst - dank der Unternehmen und Institutionen, die hier ihren Sitz haben.

Bonn ist eine Stadt, die eine grandiose Geschichte hat - dank Beethoven und der Bonner Republik.

Damit Bonn Zukunft hat, darf es seine Zukunft nicht verspielen.

Wir wollen eine Kommunalpolitik, die sich im Interesse der Bürger zurücknimmt. Nicht alles, was geregelt werden kann, müssen wir regeln. Nicht alles, was wünschenswert ist, müssen wir machen. Was wir aber regeln müssen, müssen wir in Respekt vor dem Geld der Steuerzahler regeln.

Bonn hat kein Einnahmen-, es hat ein Ausgabenproblem. Wir müssen die Verbrauchsausgaben zurückfahren, damit wir in Zukunft noch investieren können. Für uns heißt das: Vorrang hat, was den Standort Bonn stärkt.

Das Leben in Bonn muss bezahlbar bleiben. Das gilt besonders für die Abgaben, denen sich die Bürger nicht entziehen können. Es ist nicht die Pflicht der Bürger, geduldig immer neue Steuern und Abgaben zu leisten. Es ist die Pflicht der Verwaltung, sorgsam und intelligent mit diesen Geldern umzugehen. Die Stadt ist für den Bürger da, nicht umgekehrt.

Wir wollen, dass jeder Bonner sein Potenzial entfalten kann. Jeder soll gerechte Chancen haben, damit er sein Leben so führen kann, wie er will. Dafür brauchen wir starke Schulen. Aber dafür brauchen wir auch weniger Bürokratie in allen Bereichen.

Bonn ist der Standort für Telekommunikation in Deutschland. Wir wollen, dass die Stadt die Chancen der digitalen Revolution nutzt. Auch die Bonner Verwaltung muss online führend werden, damit wir in der vernetzten Welt vorne bleiben.

Wir wollen die Freizeitqualität unserer Stadt erhalten und ausbauen. Denn ein breites Kulturangebot und attraktive Sport- und Freizeitmöglichkeiten machen Bonn lebenswert. Sie sind als weiche Standortfaktoren wichtig für den Zuzug von Unternehmen und neuen Bürgern. Lärmschutz darf nicht gegen Freizeitvergnügen ausgespielt werden. Wir wollen ein lebendiges Leben in unserer Stadt.

Liberale Minister haben den internationalen Standort Bonn gestärkt. Das Bonn/Berlin-Gesetz wurde klug mit Leben gefüllt. Das gilt es fortzuschreiben, auch vor Ort.

In den vergangenen Jahren waren wir eine konstruktive Opposition im Stadtrat. Unsere Politik ist pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert.

Für die nächsten Jahre brauchen wir eine Politik, die Entscheidungen trifft und nicht vertagt. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Die kommenden Jahre werden schwere Jahre, weil es Bonn finanziell so schlecht geht. Das verlangt eine Politik mit Augenmaß.

Viele Themen könnten Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam besser gestalten. Wir können eine effizientere Verwaltung, gezieltere Wirtschaftsförderung, abgestimmte Schullandschaft und bessere Verkehrsplanung erreichen. Darum wollen wir neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis prüfen, einschließlich der Möglichkeit zur Fusion.

Bonn wird älter, bunter und vielfältiger. Damit wird es auch liberaler. Wir wollen nicht auf Toleranz, Respekt und Bürgersinn verzichten. Im neuen Rat der Stadt Bonn werden viele Parteien einziehen. Wir wollen weder Vormund, noch Tugendwächter sein. Wir Liberalen bleiben, was wir sind – Anwalt der Bürger.

Machen Sie uns deshalb stark - vor Ort, im Rat und den Bezirksvertretungen. Bitte geben Sie uns Ihre Stimmen am 25.05.2014.

2 Finanzen

Solide Finanzpolitik ist der Bonner FDP wichtiger als eine populistische Gefälligkeitspolitik.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur wirtschaftlich vernünftig, sondern gerecht gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Es wäre unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen.

Die Stadt Bonn kann nur dann ihre Geschicke selbst steuern, wenn sie ihren Haushalt endlich in den Griff bekommt. Wir müssen die Schuldenspirale durchbrechen. Das beginnt damit, dass wir nicht mehr Schulden machen, als wir in einem Jahr tilgen können. Danach müssen wir wirksam und nachhaltig sparen. Wir fordern, dass die Stadt Bonn langfristig Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, um ihre Schulden komplett zurückzuzahlen. In Zeiten knapper Kassen und dramatisch hoher Verschuldung ist eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik notwendig.

Deshalb müssen wir alle Ausgaben kritisch hinterfragen. Jeder einzelne Kommunalpolitiker muss sich der Entschuldung der Stadt mitverschreiben, statt nur weitere kostspielige Projekte zu fordern. Die Summe aus vielen kleinen Sparmaßnahmen aber auch größeren, schmerzhaften Einschnitten ist der Schlüssel zum Erfolg. Die Stadt muss sich in ihrer aktuellen Lage auf die notwendigen Aufgaben konzentrieren.

Ausgaben, die den Standort Bonn stärken, wollen wir fördern. Dafür werden wir Ausgaben ohne Potenzial für die Zukunft soweit wie möglich zurückfahren.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien sind Steuererhöhungen für die FDP nicht das erste Mittel: Es kann nur die letzte aller Möglichkeiten sein, um zu sichern, dass die Stadt handlungsfähig bleibt.

Die Einführung einer Bürgerabgabe lehnt die FDP ab. Wir wollen Studenten und Auszubildende von der Zweitwohnsitzsteuer befreien.

Die Stadt Bonn hat kein Problem mit ihren Einnahmen, sondern mit ihren Ausgaben. Daher wollen wir in der Stadtverwaltung ein gesamtstädtisches Controlling einführen.

Der Bund muss sich künftig stärker an den Sozialleistungen beteiligen. Denn die hohen Soziallasten grenzen den finanziellen Spielraum der Kommunen immer stärker ein. Unter der schwarz-gelben Bundesregierung hat der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen. Wir fordern, dass jetzt der Bund auch bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen die Kommunen entlastet. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das so genannte Konnexitätsprinzip eingehalten wird: wer eine Aufgabe an einen anderen überträgt, muss dafür auch die Kosten tragen.

Wir wollen alle Beteiligungen der Stadt Bonn an Unternehmen kritisch prüfen. Das gilt für unmittelbare und mittelbare Beteiligungen über die Stadtwerke. Beteiligungen der Stadt an Unternehmen sind sinnvoll, wenn deren Leistungen für die Bonner Bürger unverzichtbar sind und eine rein private Umsetzung sich nicht tragen würde. Ist das nicht der Fall, soll eine Entscheidung über den Verkauf allein danach gefällt werden, ob sie sich positiv auf den Haushalt auswirkt. Wenn eine Beteiligung nicht rentabel ist, muss die Stadt den Verkauf anstreben. Mit den Erlösen soll die Stadt Bonn ihre Schulden tilgen.

Langfristig muss sich aber die Stadt Bonn aus den Beteiligungen zurückziehen, die nicht den tatsächlich erforderlichen Aufgaben der Stadt dienen.

3 Schule

Starke Schulen für die Bonner Kinder

In Bonn ist die Vielfalt der Schulen groß und alle Bonner Schulen leisten sehr gute Arbeit. Das oberste Ziel der Schulpolitik der FDP Bonn ist es, das hochwertige und breit gefächerte Angebot aller Schulformen, ob städtisch oder privat, zu bewahren. Die Bonner FDP lehnt es weiter ab, alle

Kinder über einen Kamm zu scheren und nur noch in einer Einheitsschule zu unterrichten.

Qualität statt Ideologie - für die Schulformenvielfalt

Der ideologische Streit um die Einheitsschule geht zu Lasten der Kinder. Für die FDP ist entscheidend, dass die Qualität des Unterrichts und das Lernklima in der Schule stimmen. Dafür sollen alle erfolgreichen Schulen in Bonn in ihrer Form erhalten bleiben. Wo Eltern, Kinder und Lehrer es wünschen, wollen wir auch bestehende Standorte weiterentwickeln oder neue Schulen gründen.

Die FDP ist dagegen, einzelne Schulformen zu bevorzugen. Wir fordern, dass der Stadtrat die vorgezogene Anmeldung für private Gymnasien und Gesamtschulen zurücknimmt. Die städtischen Gymnasien und Realschulen haben durch den Beschluss im Wettbewerb um die besten Schüler das Nachsehen. Die FDP Bonn fordert ein gleichzeitiges Anmeldeverfahren aller weiterführenden Schulen. Denn nur so können die Eltern ohne Druck und Verunsicherung die richtige Schule für ihr Kind aussuchen.

In der internationalen Stadt Bonn muss es auch möglich sein, internationale Schulabschlüsse zu erwerben. Das erfolgreiche Angebot, wie zum Beispiel des Friedrich-Ebert-Gymnasiums, möchten wir daher auf andere städtische Schulen ausweiten. Wo das nicht möglich ist, setzen wir uns für mehr bilingualen Unterricht an den Bonner Schulen ein.

Die Bonner FDP macht sich außerdem für eine engere Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis stark. Wenn wir gemeinsame Schulstandorte einrichten, schaffen wir auch bürokratische Hürden ab.

Geld statt Worten - für eine bessere Ausstattung der Schulen

In Bonn sind weiterhin Schulgebäude marode und verbrauchen zu viel Energie. Die Ausstattung der Schulen und ihrer Räume muss oberste Priorität für die Stadt Bonn haben. Das bedeutet auch, dass die Stadt hier nicht sparen darf. Die Bonner FDP setzt sich dafür ein, die Schulgebäude umgehend weiter energetisch zu erneuern. Zusätzliche Ausrüstung soll künftig verstärkt durch privates Sponsoring finanziert werden. Darunter fallen zum Beispiel weitere Musikinstrumente, besondere Laborausstattung, hochwertige Sportgeräte, aber auch die Anschaffung und Wartung der IT. Die zahlreichen in Bonn angesiedelten Unternehmen bieten ideale Rahmenbedingungen für ein Sponsoring. Wir wollen den Bedarf der Schulen mit der Spendenbereitschaft der Unternehmen zusammenbringen.

Die schwarz-grüne Ratsmehrheit hat in der Folge ihrer verantwortungslosen Haushaltspolitik die Zuschüsse für Lernmittel zusammengestrichen. Davon sind zum Beispiel die Zuschüsse für Schulbücher betroffen. Hier hat schwarz-grün an der falschen Stelle gespart. Die FDP lehnt diese Kürzung strikt ab.

Viele Schulräume sind attraktiv für private Veranstaltungen. Wir wollen daher prüfen, ob die Stadt ihre Schulräume in den ungenutzten Abendstunden, an Wochenenden und in den Ferien vermieten kann. Das erhöht die Einnahmen der Stadt Bonn.

Doch wir kümmern uns nicht nur um die sachliche, sondern auch um die personelle Ausstattung an den Bonner Schulen. Die Schulsozialarbeiter leisten in Bonn wertvolle Arbeit, auf die wir nicht verzichten können. Die FDP Bonn setzt sich daher dafür ein, die Stellen der Schulsozialarbeiter zu sichern. Wir wollen, dass sie ihre wertvolle Arbeit fortsetzen können.

Echte Teilhabe statt Inklusion mit der Brechstange – für die beste Förderung behinderter Kinder

Die Stadt Bonn ist bereits jetzt im Rheinland Vorreiter beim inklusiven Unterricht. Wir müssen die Integration behinderter Kinder in unsere Gesellschaft aber noch weiter verbessern. Denn davon, dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam zur Schule gehen, profitieren beide Seiten.

Doch Inklusion ist keine Einbahnstraße: Daher setzt sich die FDP dafür ein, Förderschulen auch für nicht behinderte Kinder zu öffnen.

Und Inklusion ist kein Zwang: Um ihr behindertes Kind optimal zu fördern, sollen die Eltern frei entscheiden dürfen, welche Schule die richtige für ihr Kind ist. Daher kämpft die FDP dafür, dass die erfolgreichen Förderschulen mit ihren unterschiedlichen Förderschwerpunkten weiter erhalten bleiben. Für die Förderschulen sollen keine Mindestschülerzahlen gelten. Stattdessen sollen mehr Regel- und Förderschulen miteinander kooperieren.

Die Stadt Bonn soll künftig noch enger mit dem Landschaftsverband Rheinland zusammenarbeiten. Alle Fördermöglichkeiten des Landschaftsverbandes müssen ausgelotet werden. Nur so können wir maßgeschneiderte inklusive Angebote für behinderte Kinder und ihre Eltern in Bonn machen.

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt für die Umsetzung der Inklusion einen viel zu kurzfristigen Fahrplan vor, ohne sich finanziell zu beteiligen. Die Landesregierung belastet mit ihrem Hauruck-Verfahren den Haushalt der Stadt Bonn in unerträglichem Maße. Die FDP fordert daher, dass das Land die Kommunen entlastet und die Pflichtleistungen der Inklusion übernimmt. Die Bonner FDP befürwortet eine Verfassungsklage der Stadt, wenn Land und Bund die fehlenden Mittel für die Inklusion weiterhin nicht bereitstellen.

Selbstverwaltung statt Bürokratie - für eine stärkere Eigenständigkeit der Schulen

Die FDP möchte die Eigenverantwortlichkeit der Schulen stärken. Jede Schule soll selber darüber entscheiden dürfen, welchen Namen sie sich

gibt. Außerdem muss sie frei über ihr eigenes Budget verfügen dürfen. Wir wollen, dass die Schulen eigenverantwortlich Rücklagen bilden können, um größere Anschaffungen zu finanzieren.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Schulkonferenz bei der Wahl ihrer eigenen Schulleitung mehr zu sagen hat. Die Kölner Bezirksregierung hat in den letzten Jahren viel zu stark in das Verfahren zur Besetzung der Schulleitung eingegriffen. Sie hat den Schulen die Wahl zwischen verschiedenen Bewerbern genommen, nur um ihre eigenen Vorstellungen durchzudrücken. Die FDP achtet deshalb sehr genau auf einen korrekten Ablauf des Verfahrens. Willkürliche Entscheidungen aus Köln stören den Schulfrieden ganz erheblich. Wir fordern daher von der Stadt Bonn, deutlich gegen solche Entscheidungen vorzugehen.

Betreuung statt Verwahrung – für treffsichere Angebote in der Offenen Ganztagsbetreuung

Die FDP will die Plätze der Offenen Ganztagsbetreuung an allen Schulformen weiter ausbauen. Der Ausbau muss sich strikt an der Nachfrage orientieren. Auch hier darf keine Schulform bevorzugt werden. Doch es geht nicht nur um mehr Plätze, sondern auch darum, das Angebot zu verbessern. Im Offenen Ganztags sollen Kinder so gut wie möglich pädagogisch betreut werden. An den Schulen der Stadt Bonn setzt sich die FDP für mehr Zusammenarbeit zum Beispiel mit den örtlichen Vereinen ein: Wo sich Bürger ehrenamtlich in der Ganztagsbetreuung einsetzen wollen, dürfen keine bürokratische Hürden bestehen.

Das Angebot „OGS plus“ für Schulen in sozialen Brennpunkten wollen wir aufrechterhalten und weiterentwickeln.

Der Bonner FDP ist es wichtig, dass die Schüler ein gesundes Mittagessen erhalten. Das Angebot soll abwechslungsreich und saisonal angepasst sein und wenn möglich aus regionalem Anbau stammen. Wo Schulküchen bestehen, begrüßen wir ausdrücklich Projekte wie „Schüler kochen für Schüler“: Darin lernen Schüler im Kursangebot des Offenen Ganztags zu kochen und bewirten ihre Mitschüler selbst.

Bonn als internationale Stadt – Den internationalen Austausch fördern

Die FDP setzt sich dafür ein, den Austausch junger Menschen in möglichst vielen Ländern in der Europäischen Union zu verstärken. Die FDP fördert hierfür Schüleraustausche, Praktika oder Sprachreisen. Ähnliche Projekte wollen wir aber auch im Bereich der Berufsausbildung Jugendlicher auflegen. Hierbei wollen wir mehr mit den Kammern und dem Handwerk zusammenarbeiten.

4 Kinder, Jugend und Familie

Die FDP will mehr in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren. Trotz der schwierigen Haushaltslage wollen wir in den kommenden Jahren mehr Geld für die Kleinsten in unserer Stadt aufwenden. Denn Bildung von Beginn an ist die wichtigste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Wir als Liberale setzen uns dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen offen steht. Wir wollen, dass alle Menschen die Verantwortung für ihr eigenes Leben übernehmen können. Daher ist es das Ziel unserer Politik, allen Kindern und Jugendlichen den Weg zu einem eigenverantwortlichen Leben zu ermöglichen. Wir wollen echte Chancengerechtigkeit schaffen.

Es ist gerecht und wirtschaftlich vernünftig, jedem Kind den Bildungsabschluss zu ermöglichen, der seinen Begabungen und seinem Fleiß entspricht. Daher ist unser Ziel, die Talente und Fähigkeiten jedes Kindes passgenau zu fördern. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dabei die Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und der Grundstein unseres Bildungskonzepts.

Die Kleinsten schützen

Für uns steht der Kinderschutz in Bonn an erster Stelle. Wir entwickeln unser Kinderschutzkonzept weiter und setzen dabei auf Willkommensbesuche von Familienhebammen und ehrenamtliche Patenschaften. Die FDP will die Familien besser unterstützen und die so genannten Hilfen zur Erziehung verbessern. Wir wollen, dass Familien selbst ihren Kindern die Sicherheit und Fürsorge geben können, die sie brauchen. Wir unterstützen sie mit niedrigschwelligen Angeboten der Familienberatung, damit sie Krisen zusammen überwinden können. Uns sind die Familienzentren besonders wichtig, weil sie die Hilfsangebote an einer Kindertagesstätte bündeln und leicht erreichbar machen.

Maßgeschneiderte Betreuung sichern

Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, soll ihn bekommen. Wir wollen erreichen, dass jedes Kind im Vorschulalter ein Platz im Umkreis von drei Kilometern von seinem Wohnort erhält. Es gibt nach wie vor zu wenige Plätze. Betreuungsmodelle und Öffnungszeiten sollen auch für berufstätige Eltern geeignet sein.

Jeder Euro, den wir für einen Betreuungsplatz ausgeben, ist eine wertvolle Investition in die Zukunft unserer Stadt. Wir setzen auf verstärkte Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen verbessern.

Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig eine besonders hohe Bildungsqualität und flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Außerdem helfen sie, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.

Für die FDP haben der Ausbau der Plätze und eine höhere Qualität des Bildungsangebots vor der Einschulung oberste Priorität. Wenn jedes Kind einen Platz hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen wir schrittweise die Beiträge senken und schließlich ganz abschaffen.

Wir machen uns dafür stark, dass die Bonner Eltern aus einer großen Träger- und Angebotsvielfalt in Bonn das beste Angebot für Ihr Kind auswählen können. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für die FDP Elterninitiativen und danach andere freie Träger Vorrang vor städtischen Angeboten. Das entspricht unserer Vorstellung einer Gesellschaft, in der alle Bürger selbst durch ihr Engagement entscheiden, wie es in Bonn weitergehen soll.

Offener Ganztag und Kinder- und Jugendarbeit

Die FDP setzt sich dafür ein, die offene Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und neue Angebote zu schaffen. Neben den Betreuungseinrichtungen bietet sie wichtige Freizeitangebote an. Sie leistet besonders in problematischen Vierteln unverzichtbare Beiträge zur Integration.

Der kompetente Umgang mit Medien ist eine wichtige Qualifikation im Arbeits-, aber auch im alltäglichen Zusammenleben geworden. Schon in der Offenen Ganztagsbetreuung wollen wir den Kindern die Chancen und Risiken der modernen Medien bewusst machen. So bereiten wir sie optimal auf das Leben vor. Dafür müssen wir engagierte Lehrer gewinnen und die technische Ausstattung des Offenen Ganztags verbessern. Außerdem wollen wir die Hilfe der Bonner Unternehmen anfordern.

Auf Augenhöhe mit den jungen Bonnern

Kinder sollen von klein auf erleben, dass die Erwachsenen ihre Wünsche ernst nehmen. Erwachsene sollen nicht nur über sie, sondern auch mit ihnen diskutieren. Wir wollen Kinder und Jugendliche bei den Vorhaben, die sie betreffen, stärker einbeziehen. Sie sollen zum Beispiel bei der Planung von Spielplätzen eigene Vorschläge einbringen können. Außerdem wollen wir einen Kinderstadtplan mit den Angeboten für Kinder und Jugendliche auf den Weg bringen.

Bonn ist eine junge Stadt. Rund ein Sechstel ihrer Bürger sind unter 18 Jahre alt. Wir wollen, dass sie sich besser an der Weiterentwicklung unserer Stadt beteiligen können. Wir wollen ein Kinder- und Jugendparlament in Bonn einrichten. Das motiviert die Kinder und Jugendlichen schon früh, sich in der Kommunalpolitik für unsere Stadt einzubringen. Allein mit einem Kinder- und Jugendparlament sind die jungen Bonner aber nicht automatisch in die Politik eingebunden. Der Stadtrat und die Bezirksvertre-

tungen müssen die Anliegen dieses Parlaments ernst nehmen. Das wollen wir zum Beispiel dadurch sicherstellen, dass ein Sprecher des Kinder- und Jugendparlaments in diesen Gremien Rederecht erhält.

5 Soziales

Die FDP Bonn setzt im sozialen Bereich auf die Zusammenarbeit aller Akteure. 80 Prozent des Haushalts im Sozialbereich gibt die Stadt für Pflichtaufgaben aus. Wir setzen darauf, dass sich die Politik und die sozialen Institutionen einig sind. Nur so können wir in der finanziellen Schieflage der Stadt die restlichen 20 Prozent an freiwilligen Leistungen möglichst ungekürzt aufrechterhalten.

Senioren

Die FDP wird sich dafür einsetzen, die städtischen Seniorenzentren zu sanieren. Wir müssen sicherstellen, dass die Häuser zukunfts- und marktfähig bleiben. Im Umfeld wollen wir seniorengerechte Quartiere einrichten. So können wir die Menschen in ihrem Stadtteil und der eigenen Wohnung altersgerecht versorgen.

Wir wollen mehr altersgerechten Wohnraum in allen Neubaugebieten der Stadt schaffen. Altersarmut können wir in Bonn am ehesten mit barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum bekämpfen.

Teilhabe an der Gesellschaft

Die FDP will den „Behindertenpolitischen Teilhabeplan“ weiter umsetzen und finanzieren. Besonders wichtig ist dabei, die Geschäfte in der Bonner Innenstadt barrierefrei auszubauen.

Im Rahmen des Teilhabeplans soll die Stadt Bonn die Behinderten-Gemeinschaft Bonn e. V. (BG Bonn) auch bei Bauvoranfragen privater Investoren einbinden. So können wir künftig in Bonn eine flächendeckende Barrierefreiheit erzielen. Wir unterstützen die BG Bonn als Beraterin für barrierefreies Wohnen bei allen Bauprojekten in Bonn.

Genauso wichtig ist die Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Bonn. Als behinderter Mensch in Bonn zum Beispiel in die Oper oder Restaurants zu gehen, ist noch nicht so gut möglich wie in anderen Städten. Wir setzen uns weiter dafür ein, diese Teilhabe zu verbessern.

Arbeit

Wiedereingliederungshilfen sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik in Bonn. Sie bieten für junge Arbeitslose mit geringer Qualifikation und Langzeitarbeitslose eine Chance zum Wiedereinstieg ins Ar-

beitsleben. Die FDP wird dafür sorgen, dass die freien Träger ihre wertvolle Arbeit fortsetzen können.

6 Integration

Die überwältigende Mehrheit der Einwanderer lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Wegen der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels sind wir in Deutschland auch weiterhin auf Einwanderung angewiesen. Wir brauchen darum neben der Ablehnung von Diskriminierung und Rassismus auch eine echte Willkommenskultur, nicht nur in Sonntagsreden. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle Bürger, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen.

Doch es gibt auch Menschen in unserer Stadt, die bisher nicht integriert sind. Hier liegt eine große Herausforderung für unsere Politik. Denn gerade vor Ort gelingt oder scheitert Integration.

Wenn Menschen sich von der Mehrheitsgesellschaft abwenden und nur in den eigenen Gemeinschaften verkehren, führt das im Alltag zu erheblichen Problemen. Das schadet den Einwanderern, die mit der Mehrheitsgesellschaft nicht vertraut werden, weil sie die Chancen unserer Gesellschaft nicht vollständig wahrnehmen können. Das schadet aber auch den länger ansässigen Bürgern, die in Wohnvierteln mit einem hohen Anteil nicht integrierter Einwanderer sich und ihren gewohnten Alltag bedroht fühlen. Die daraus entstehende Ablehnung, die oftmals auf alle Einwanderer übertragen wird, löst wiederum bei diesen das Gefühl aus, in unserer Gesellschaft nicht erwünscht, sondern nur geduldet zu sein. Diesen Kreislauf von fehlender Akzeptanz auf beiden Seiten müssen wir durchbrechen.

Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache und Bildung. Für Einwanderer und besonders für Kinder und Jugendliche gilt: Wer kein Deutsch kann, hat erheblich schlechtere Chancen im Beruf, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Wir setzen uns zudem für Integrationslotsen ein, die zum Beispiel beim Gang zu Behörden oder Elternsprechtagen helfen. Die FDP will darüber hinaus, dass mit aufsuchender Sozialarbeit nicht integrierten Menschen Perspektiven der Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden.

Die Sport- und Kulturvereine, in der sich Einwanderer aus den gleichen Herkunftsländern und -regionen zusammenschließen, leisten gute Arbeit.

Sie sind ein Beweis für bürgerschaftliches Engagement. Die FDP tritt jedoch dafür ein, dass diese Vereine sich noch stärker für Mitbürger öffnen, die keinen oder einen anderen Migrationshintergrund haben. Wir fordern, dass Verwaltung und Politik die Öffnung begleiten und fördern.

In Bonn lebt eine wachsende Zahl von gläubigen Muslimen unterschiedlicher Herkunft. Die FDP tritt dafür ein, dass sie für sich angemessene Gebetsräume schaffen können. Für die Akzeptanz von Moscheen in der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft ist ein umfassender Dialog hilfreich. Er dient dazu, Ängste und Vorbehalte abzubauen und trägt zum fairen Miteinander von Christen, Muslimen, Juden, Anders- und Nichtgläubigen bei.

Zu einem ehrlichen Dialog gehört aber auch die Feststellung, dass es religiöse Fundamentalisten gibt, die sich einer Integration in die Mehrheitsgesellschaft verweigern. Als Liberale akzeptieren wir jedes private Glaubensbekenntnis. Wir verlangen aber umgekehrt die unbedingte Anerkennung unserer Rechtsordnung. Die FDP akzeptiert nicht, dass zum Beispiel Kinder aus religiösen Gründen an Teilen des Schulunterrichts nicht teilnehmen.

Gleichzeitig treten wir dafür ein, mehr auf die Bedürfnisse von Muslimen im alltäglichen Leben einzugehen. Wir wollen rituelle Waschmöglichkeiten in Krankenhäusern schaffen, kultursensible Pflegedienste fördern und muslimische Friedhöfe einrichten. Wir sind der Überzeugung, dass gerade wenn Muslime die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft spüren, die Anfälligkeit gegenüber fundamentalistischer, anti-westlicher Propaganda sinkt.

Wir dürfen jedoch nicht die Augen davor verschließen, dass Bonn trotz aller Anstrengungen immer noch eine Hochburg des Salafismus und des religiösen Extremismus ist. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen vor der König-Fahd-Akademie in Lannesdorf wurden dreißig Polizisten zum Teil schwer verletzt. Diese Ausschreitungen, der vereitelte Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof und Nachrichten über Bonner Dschihadisten sind nur die Anzeichen der jüngsten Vergangenheit. Neben der Präventionsarbeit und Aussteigerprogrammen bedarf es auch einer eindeutigen Haltung der Autoritäten und Vorbilder der Religion, auf die sich diese Gewaltverbrecher berufen. Bei dieser notwendigen Delegitimierung ist es wenig hilfreich, wenn Teile des Bonner Rats der Muslime wiederholt selbst durch die Unterstützung von Salafisten von sich reden machen.

Wir wollen, dass sich Einwanderer aktiv in der Politik vor Ort engagieren. Wer dauerhaft hier lebt, soll sein Lebensumfeld mitgestalten können. Einwanderer, die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland wohnen, sollen daher das kommunale Wahlrecht bekommen. Dazu gehört, dass sie ihre Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen einbringen können.

Einwanderer sind in den Parlamenten und den Parteien deutlich unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern. Wir laden gerade auch Bürger mit Migrationshintergrund ein, bei uns in der FDP mitzuwirken – zum Beispiel als sachkundiger Bürger in Ausschüssen des Stadtrats.

Wir sind mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert. Die FDP bekennt sich zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen vor Verfolgung zu schützen. Wir sprechen aber auch offen an, dass es zu einer Überforderung von Kommunen und örtlichen Nachbarschaften kommen kann, wenn sie plötzlich mit einer größeren Zahl von Menschen aus völlig anderem kulturellen Hintergrund konfrontiert werden. Darum bestehen wir darauf, dass wir die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge mit großer Sorgfalt gestalten. Bund und Land dürfen ihre Verantwortung nicht einfach auf die Kommunen abschieben. Wir fordern, dass sie notwendige Mittel bereitstellen. Die FDP bevorzugt, die Flüchtlinge dezentral und in strukturstarke Gebieten aufzunehmen. Sammelunterkünfte wollen wir in Bonn nach Möglichkeit vermeiden.

7 Wirtschaft

Für die Liberalen ist die Stadt Dienstleister für Bürger und Unternehmen. Politik und Verwaltung müssen ideale Bedingungen stellen, um Arbeitsplätze in Bonn zu erhalten und neue zu schaffen. Wir dürfen nicht an den Stadtgrenzen Halt machen. Die Mauern um die Stadt müssen aus den Köpfen der Entscheider verschwinden. Wir wollen uns an den Interessen einer „Metropolregion“ orientieren und nicht an denen einzelner Städte, Kreise und Gemeinden.

Bonn als Standort für Dienstleistungen erhalten

Bonn hat viel zu bieten. Die hohe Lebensqualität und viele hochwertige Arbeitsplätze locken Menschen aus der ganzen Welt an. Die Menschen leben und arbeiten gerne in unserer Stadt. Die Bonner Bevölkerung ist überdurchschnittlich gebildet und erfreut sich einer hohen Kaufkraft. Im landesweiten Vergleich haben wir wenige Arbeitslose. Und Bonn ist eine der wenigen Städte in Nordrhein-Westfalen, die mit einer wachsenden Einwohnerzahl rechnen kann.

Gleichzeitig hat Bonn die Geschichte der Bundesrepublik geprägt. In allen Stadtteilen finden wir Orte, an denen zeitgeschichtlich bedeutsame Ereignisse stattgefunden haben. Dieses Erbe müssen wir bewahren und touristisch nutzen. Bisher nutzen wir das Potenzial noch nicht genug.

Nicht nur in den Stadtmauern, sondern regional handeln

Wir wollen in Lebensräumen und nicht Stadtgrenzen denken. Daher müssen wir regional besser zusammenarbeiten. Aktuell sind wir mit den

Nachbargemeinden in Gewerbe- und Handelsfragen selten einig. Leider gilt oft das Prinzip „Jeder gegen Jeden“, auch für den Tourismus und die Vermarktung von Kongressen. Daran wollen wir arbeiten.

Die FDP fordert einen regionalen Arbeitskreis auf hoher Verwaltungsebene. So können die Kommunen in der Region künftig besser miteinander abstimmen, wo und wie sich Gewerbe und Einzelhandel ansiedeln. Wir bevorzugen gemeinsames Denken in einer „Metropolregion“ gegenüber der Eigenbrödlerei einzelner Kommunen.

Wirtschaftsförderung gehört in den Verwaltungsvorstand

Unser oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist es, Bonn als beliebten Standort für Unternehmen auszubauen. Bei den wenigen vorhandenen oder noch erschließbaren Gewerbeflächen ist es sinnvoll, wenn wir uns auf die Dienstleistungen konzentrieren. Die wichtigen Betriebe des produzierenden Gewerbes, zum Beispiel HARIBO in Kessenich und Dottendorf oder SGL Carbon in Pennenfeld, dürfen wir dabei nicht vernachlässigen.

Hierfür wollen wir die Wirtschaftspolitik in der Spitze der Verwaltung verankern. Die FDP fordert, ein eigenes Wirtschaftsdezernat zu schaffen. Der Wirtschaftsdezernent muss Mitglied im Vorstand der Verwaltung sein. So schaffen wir es, dass die Bonner Arbeitsplätze ins Zentrum der Stadtverwaltung rücken. Das sichert die Lebensgrundlage der Bonner.

Ein Wirtschaftsdezernat kümmert sich nicht nur um die Wünsche der bereits vorhandenen Selbstständigen. Es wirbt auch überregional für den Standort Bonn. Die Stadt muss vorhandene freie oder wieder frei werdende Flächen und Gebäude optimal entwickeln und vermarkten. Sie darf privaten Investoren keine Steine in den Weg legen. Feste Ansprechpartner sollen sich um interessierte Unternehmen kümmern. Ihre internen Abläufe soll die Verwaltung aus einer Hand organisieren. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich neue Gewerbe unkompliziert ansiedeln und Standorte weiterentwickeln können.

Die Verwaltung muss ihren ständigen Kontakt zu den Arbeitgebern in unserer Stadt verbessern. Sie darf von Plänen zum Abbau von Arbeitsplätzen oder Wegzug aus Bonn nicht erst aus der Presse erfahren. Sie soll sich mindestens einmal im Jahr mit den Inhabern und Geschäftsführern beraten.

Unternehmen siedeln sich nur dort dauerhaft an, wo auch die finanziellen Bedingungen attraktiv sind. Die FDP lehnt es daher ab, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Einkaufsstandort stärken

Verwaltung und Politik haben in den letzten Jahren viel zu häufig gezögert und gezweifelt statt zu handeln. Dadurch haben sie zukunftsweisende Projekte verschleppt oder verhindert. Zum Beispiel verhindert das kleinteilige

„Zentrenkonzept“ das Wachstum in Bonn: Bestimmte Projekte dürfen sich nicht außerhalb der definierten „Zentren“ ansiedeln. Schon vorhandene Standorte außerhalb des Konzepts dürfen sich nicht vergrößern. Gleichzeitig entstehen moderne Projekte wie zum Beispiel Einkaufszentren außerhalb der Stadt, in unmittelbarer Nachbarschaft. Das zieht Kaufkraft aus Bonn ab.

Der neu eröffnete Sparkassenbau am Friedensplatz kommt bei den Bonnern sehr gut an. Der größere Einzelhandel dort gefährdet nicht die mittelständischen Geschäfte in der Innenstadt, sondern ergänzt sie. Die FDP fordert daher, das „Dreieck“ großflächigerer Einkaufsstandorte an Friedensplatz, Bahnhofsvorplatz und Viktoriakarrée umzusetzen. Dabei achten wir darauf, dass die Geschäfte außerhalb der Hauptwege nicht verdrängt werden. Die Innenstadt wollen wir attraktiver machen, indem wir die Fußgängerzone auf den Bereich zwischen Altem Rathaus und Universität erweitern.

Die „Gestaltungssatzung“ der Stadt schränkt die Bonner Geschäftsleute zu sehr ein. Die Satzung schreibt beispielweise den Händlern und Gastronomen vor, wie sie ihre Geschäfte äußerlich gestalten sollen und wie Tische und Stühle vor den Lokalen auszusehen haben. Dadurch sterben innovative Ideen, mit denen die Inhaber den Besuchern der Innenstadt ein Einkaufs- und Aufenthaltserlebnis bieten wollen. Stattdessen überstimmt eine Behörde den Geschäftssinn der Unternehmer und setzt engstirnig ihren eigenen Geschmack durch.

Die FDP wehrt sich gegen diesen unberechtigten Eingriff in die Freiheit der Geschäftsleute. Wir wollen die starren Regeln für die Innenstadt lockern, damit auch attraktive Veranstaltungen ohne bürokratische Auflagen inszeniert werden können.

Günstige Parkplätze in der Innenstadt stärken den Bonner Einzelhandel, gerade im Wettbewerb mit den umliegenden Städten. Wir werden daher prüfen, ob wir die Preise in den Bonner Parkhäusern senken können.

Tourismus und Vermarktung von Kongressen verbessern

Bonn muss ihren Status als ehemalige Bundeshauptstadt touristisch besser nutzen. Wir wollen Bonn als „Beethovenstadt“ ergänzen um die „Stadt der Bonner Republik“. In Zusammenarbeit mit Museen, Institutionen, Hotels und Restaurants wollen wir Themenpakete für auswärtige Besucher fördern. Dabei binden wir auch die bedeutenden touristischen Ziele im Umland besser ein.

Die Einführung einer Bettensteuer lehnt die FDP ab.

Wir wollen im Nahverkehr und bei der Ausschilderung öffentlicher Plätze und Gebäude die Mehrsprachigkeit verbessern. Das erleichtert Besuchern aus dem Ausland, unsere Stadt zu erkunden. Für die Touristen ist auch der Rhein hochinteressant. Die FDP befürwortet einen Modellversuch, um ein

„Wassertaxi“ zwischen Bad Godesberg, Bonner Bogen und Bonner Innenstadt einzurichten.

Die FDP will das Festival „Rhein in Flammen“ als Familienfest in der Rheinaue am ersten Maiwochenende erhalten. Hierfür soll die Stadt langfristig einen privaten Veranstalter finden.

Durch die Fertigstellung des „World Congress Center Bonn“ (WCCB) sichert Bonn seinen Status als Standort der Vereinten Nationen. Zusätzlich wird Bonn dadurch zu einem bedeutenden Standort für Kongresse. Sobald das Konferenzzentrum fertig gestellt ist, wollen wir das städtische Kongressmarketing professionell aufstellen. Dazu müssen wir die „Bonn Conference Center Management GmbH“ (BCCM) personell aufstocken und mit den notwendigen Finanzmitteln ausstatten. Wir wollen das Marketing für Kongresse dort in einer Hand bündeln. Die Bonner börsennotierten Unternehmen können dann auch ihre Hauptversammlungen künftig in Bonn abhalten. Damit rücken wir dem Finanzschauplatz Frankfurt ein Stück näher.

Aber wir wollen Bonn auch als internationalen Standort für Konferenzen neben den Vereinten Nationen und Bonner Unternehmen vermarkten. International tätige Unternehmen, Verbände und Organisationen sollen ihre Konferenzen in Bonn abhalten. Dazu müssen wir auch freie Hotelzimmer mit der Organisation des Kongresses verknüpfen und zusammen vermarkten.

Der Bau des Festspielhauses ist für die FDP nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich wichtig. Wenn es professionell betrieben wird, stärkt das Festspielhaus Kultur und Tourismus in Bonn. Das nützt der Stadt und der ganzen Region.

Bonn als Stadt der Wissenschaft

Die FDP unterstützt die wissenschaftliche Zusammenarbeit, den Austausch mit anderen Kulturen und die Bildung der Bonner Bürger. Wir fördern das Erlernen europäischer Sprachen in Schule, Ausbildung und Erwachsenenbildung. Das schafft eine europäische Identität der Stadt und ihrer Bürger.

Durch „Caesar“, die Universitäten und andere forschende Einrichtungen ist Bonn als Standort der Wissenschaft anerkannt. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung auch auf europäischer und internationaler Ebene weiter stärken.

8 Internationales

Die Internationalität Bonns stärken

Bonn ist eine internationale Stadt, die immer mehr mit der Welt verbunden ist. In Bonn sind 18 Organisationen der Vereinten Nationen (UN)

zu Hause. Zahlreiche andere internationale Organisationen und Konzerne haben ihren Standort in Bonn. Aber auch die Menschen vielfältiger Herkunft haben die Internationalität Bonns geprägt. Sie wohnen und arbeiten in Bonn, reden in vielen Muttersprachen miteinander und gehören vielen unterschiedlichen Religionen an.

In vielen Gesellschaften, Clubs und Vereinen setzen sich Bürger ehrenamtlich ein, um internationale Kontakte zu pflegen. Die FDP will dieses Engagement fördern.

Dass Bonn so international ist, ist eines seiner Markenzeichen. Wir müssen es stärken. Um die 4.000 Arbeitsplätze in der internationalen Zusammenarbeit sind in Bonn entstanden. Und auch die Internationalität der Bonner Konzerne ist ein Standortfaktor für Bonn. Sie ist wichtig für Wirtschaft und Politik, aber auch für die Menschen, die hier leben. Die FDP will die Internationalität in Bonn bewahren und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere europäische und internationale Organisationen und Unternehmen nach Bonn kommen.

Städtepartnerschaften sind sehr wichtig für Bonn. Wir wollen sie pflegen und erweitern, sie lebendig, modern und attraktiv gestalten und darüber breit informieren.

Willkommen in Bonn

Alle internationalen Einwohner sollen sich in Bonn willkommen fühlen. Wir wollen für sie Angebote in allen Lebensbereichen schaffen, auch wenn sie nur eine bestimmte Zeit in Bonn wohnen.

Um Bonn international weiterzuentwickeln, müssen wir dafür die Voraussetzungen in der Stadtverwaltung schaffen. Wir wollen die internationale Kompetenz in der Stadtverwaltung verbessern. In den Bereichen, die direkten Kontakt mit den Bonner Einwohnern haben, wollen wir die Sprachkompetenz der Angestellten erhöhen. Aber auch die interkulturelle Kompetenz ist wichtig. Konzepte und Grundlagen dafür haben andere Städte und der Deutsche Städtetag schon erarbeitet.

Mit ihrer internationalen Homepage hat die Stadt Bonn bereits einen ersten Schritt hin zu mehr Information gemacht. Wir wollen daran weiterarbeiten. Für uns sind internationale Kinderbetreuungs- und Schulangebote in englischer Sprache wichtig. Außerdem brauchen wir eine Version des Bonner Bürgerhandbuchs auf Englisch und eine englischsprachige Servicehotline der Stadt.

UN-Standort ausbauen

Bonn ist die einzige UN-Stadt Deutschlands. Die Vereinten Nationen und mehr als 160 andere internationale Organisationen haben der Stadt ein neues Gesicht gegeben. Die Stadt Bonn befindet sich bei der Ansiedlung von weiteren UN-Organisationen in einem harten Wettbewerb mit Städten

in der ganzen Welt. Die FDP setzt sich dafür ein, den UN-Standort in Bonn weiter auszubauen. Das wichtigste Projekt hierbei ist die Fertigstellung des WCCB.

Kommunale Zusammenarbeit

Die Stadt Bonn ist in Netzwerken auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktiv. Die Vernetzung Bonns wollen wir weiter ausbauen und Bonn als Knotenpunkt für Städtenetzwerke ausbauen. Die FDP setzt sich auch dafür ein, dass Bonn dabei einen Schwerpunkt auf die internationale Zusammenarbeit legt.

Internationale Wissenschaft

Für die internationale Stadt Bonn sind auch die vielen wissenschaftlichen Organisationen wichtig, die hier zu Hause sind. Diese Institutionen sind in der ganzen Welt vernetzt. Sie tragen erheblich zum internationalen Gesicht der Stadt Bonn bei. Studenten und Wissenschaftler aus aller Welt bereichern hier den wissenschaftlichen Dialog.

Die FDP erkennt die Bedeutung der Organisationen auch im wirtschaftlichen Bereich an. Die Bedingungen für deren Tätigkeit in Bonn wollen wir verbessern. Die wissenschaftlichen Organisationen sind besonders im Bereich „Nachhaltigkeit“ aktiv. Wir wollen das nutzen und Bonn als globalen Standort für die Forschung zur Nachhaltigkeit etablieren.

9 Kultur

Bonn zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Das ist ein wichtiger Standortfaktor und erzeugt Lebensqualität. Das Theater mit seinen Ensembles für Oper und Schauspiel und das Beethoven-Orchester bilden das Rückgrat des kulturellen Angebots in Bonn. Eine Vielzahl an privaten Initiativen ergänzt dieses Angebot.

Zur Lebensqualität und kulturellen Vielfalt in Bonn gehören aber auch interessante Veranstaltungen und das Brauchtum, die Lärm verursachen können. Die FDP setzt sich daher für einen treffsicheren Lärmschutz ein, um die Bonner Kultur nicht zu gefährden: Beliebte Veranstaltungen wie die Klangwelle, Schützenfeste oder Karnevalsfeiern sollen nicht durch einzelne Anwohner eingeschränkt werden können.

Solche Publikumsmagnete wollen wir erhalten. Wir wollen prüfen, ob die Stadt bewährte Kulturprojekte wie die "Rheinkultur" oder den "Bonner Sommer" wieder aufnimmt. Das sollten wir besonders dann ermöglichen, wenn sie durch private Hand organisiert werden.

Beethovenstadt Bonn

Die FDP möchte Bonn als die Beethovenstadt national und international etablieren. Wir wollen mit Beethoven werben und unseren Ruf als Musikstadt pflegen. Die FDP wünscht sich eine langfristig gesicherte Unterstützung der Beethovenfestspiele. Für uns zählt auch dazu, dass wir das Beethoven-Haus und das Beethoven-Orchester als Spitzenorchester erhalten. Bonn als Beethovenstadt braucht einen repräsentativen Konzertsaal. Deshalb setzt sich die FDP nach wie vor für den Bau eines neuen Beethoven-Festspielhauses in zentraler Stadtlage am Rhein ein. Wir unterstützen private Initiativen, die den Bau des Festspielhauses fördern.

Wir legen Wert darauf, dass es auch bei einer privaten Finanzierung des Baus bleibt. Denn als öffentliches Bauprojekt bringt es große Risiken mit sich.

Die Finanzierung des Betriebs darf die Stadt nicht übermäßig belasten. Die Stadt Bonn darf daher ihren Beitrag nicht über Schulden oder durch Einsparungen in anderen Etats finanzieren. Stattdessen müssen wir die Summe, die jährlich in das Festspielhaus fließen wird, an anderer Stelle im Kulturhaushalt sparen.

Die FDP fordert von der Verwaltung, das Beethovenjahr 2020 schon jetzt intensiv vorzubereiten. Bonn muss der Ort sein, an dem die Gedenkfeiern zu Ehren des 250. Geburtstages von Beethoven ihren Höhepunkt finden. Die Liberalen sprechen sich dafür aus, dafür einen Sonderausschuss zu bilden. Vertreter der Politik, der Institutionen sowie der Förderer aus Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement sollen dort die Aktivitäten koordinieren.

Die FDP will weiterhin Oper und Schauspiel erhalten. Allerdings muss die Stadt auch in diesem Bereich alle Sparpotenziale ausschöpfen und Mehreinnahmen generieren. Gastspiele und Projekte freier Träger sollen wie bisher den Bereich „Tanz“ abdecken.

Kinder- und Jugendkultur

Für die FDP ist es wichtig, das Kultur- und Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche aufrecht zu erhalten. Das Angebot im Bereich der Musikschule wollen wir weiterentwickeln.

Für ältere Jugendliche sollen Konzepte und Möglichkeiten entwickelt werden, ihre eigenen kulturellen Ausdrucksformen zu entwickeln. Die FDP setzt sich für eine weitere verlässliche Förderung der Jugendtheater und Filmprojekte ein.

Kultur ist Bildung: Daher soll die Stadt Bonn Restkarten für kulturelle Veranstaltungen an interessierte Bonn-Ausweis-Inhaber verschenken oder verlosen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden bei der Verlo-

sung bevorzugt. Denn von leer gebliebenen Plätzen im Theater hat niemand etwas.

Museen und Stadtarchiv

Die vielen Bonner Museen bieten ein lebendiges Kultur- und Bildungsangebot, das wir erhalten wollen. Das Kunstmuseum wollen wir weiter personell und finanziell so ausstatten, dass es seinem Platz in der Museumsmeile gerecht wird.

Das Bonner Stadtarchiv zeigt eine der bedeutendsten Sammlungen zur Entstehung des Deutschen Staates. Aktuell tritt in dem Gebäude Wasser ein, was die Dokumente zerstört. Das können wir nicht länger dulden. Das ständige Ablehnen neuer Standorte muss aufhören. Wir wollen uns daher darum kümmern, schnellstmöglich einen neuen geeigneten Standort zusammen mit dem Stadtmuseum und der „Gedenkstätte der Opfer des Nationalsozialismus“ zu finden.

Freie Träger der bildenden Kunst und Kultur

Bonn verfügt auch im Bereich der bildenden Kunst über ein lebendiges Kulturangebot. Dazu tragen auch private Einrichtungen wie das Macke-Haus, der Bonner Kunstverein, das Frauenmuseum und das Literaturhaus bei. Wir möchten trotz der aktuellen Finanznot der Stadt das Erbe der Künstler fördern, die in enger Beziehung zu Bonn stehen, wie August Macke oder Robert Schumann.

Auf lange Sicht müssen wir den Konflikt zwischen Förderung der Kultur und Sanierung des Haushalts entschärfen. Dazu streben wir eine verstärkte private Finanzierung der Kultur an, zum Beispiel durch Sponsoring oder Stiftungen.

Bibliotheken und die Volkshochschule

Die Stadtbibliothek und die Volkshochschule im Haus der Bildung sind bedeutende städtische Bildungseinrichtungen für alle Bonner. Die FDP setzt sich für eine langfristige finanzielle Absicherung ein. Wir wünschen uns dabei einen Schwerpunkt auf dem strukturierten Umgang mit neuen Medien.

Interkulturelle Angebote

Die FDP unterstützt interkulturelle Angebote, besonders, wenn sie auf ehrenamtlichem Engagement beruhen. Das Potenzial durch die UN und ausländische Organisationen sollte durch städtische und private Initiativen gefördert werden.

10 Verkehr

Die Bonner FDP verfolgt eine Verkehrspolitik, die alle Teilnehmer gleichermaßen im Blick hat. Unser Ziel ist es, dass die Bürger Verkehr wieder mit

Bewegung gleichsetzen. Wir setzen auf Maßnahmen, die Stau, Zeitverlust, Stress und aggressives Verkehrsverhalten vermeiden.

Wir wollen alle Verkehrsarten ausgewogen fördern. Ideologische einseitige Förderungen wie „Fahrradhauptstadt 2020“ lehnen wir ab.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wo es möglich ist, wollen wir Busspuren zur Beschleunigung des ÖPNV ausbauen. Als Maßnahme gegen Verspätungen und um die Fahrer zu entlasten, wollen wir die Busse der Stadtwerke um Fahrkartenautomaten hinter den Fahrerinnen nachrüsten.

Wir wollen alle Haltestellen von Bus und Bahn barrierefrei ausbauen. Gleichzeitig legen wir ein Programm auf, das die Haltestellen attraktiver macht. Dabei geht es um Sitzmöglichkeiten, Beleuchtung und andere Merkmale, die besonders für Senioren wichtig sind. Stück für Stück wollen wir das elektronische Abfahrtsinformationssystem auf die meisten Haltestellen ausweiten.

Es ist auch an der Zeit, die Abstände der Bushaltestellen zu prüfen. Wo Haltestellen zu dicht hintereinander liegen, führt eine geschickte Zusammenlegung zur Beschleunigung des Busverkehrs. Aber auch die Abfahrtszeiten wollen wir beleuchten. Zum Beispiel wollen wir die Abfahrtszeiten der Nachtbusse am Hauptbahnhof besser an die Ankunft der Mittelrheinbahn anpassen.

Die FDP setzt sich für einen schnellen Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) ein. Bonn braucht künftig auch einen Fernbusbahnhof im Zentrum.

Wir wollen das Stadtbahnnetz ausbauen und modernisieren. Zum Beispiel wollen wir die Stadtbahnlinie 63 nach Buschdorf verlängern. Die Linie 61 soll über Dottendorf weiter nach Friesdorf fahren. Die Stadtbahn von Bad Godesberg wollen wir oberirdisch Richtung Pennenfeld-Mehlem fortsetzen. Wir fordern, die Planungen zur Hardtbergbahn aus städtebaulichen und finanziellen Gründen sofort zu stoppen. Eine Tieferlegung der Stadtbahn vor dem Hauptbahnhof lehnen wir aus den gleichen Gründen ab.

Die FDP fordert die schnelle Umsetzung der S13 als Verbindung zum Flughafen Köln/Bonn. Damit verbessern wir die rechtsrheinische Verbindung nach Köln. Wir schaffen außerdem eine bessere Anbindung des Bonner Hauptbahnhofs an den Flughafen. Die S13 wollen wir in Vilich mit der Stadtbahn verknüpfen. Dadurch können wir auch den Bahnhof „UN-Campus/Bundesviertel“ in Dottendorf/Gronau anbinden.

Wir wollen mehr Park+Ride und Bike+Ride-Plätze ausweisen. Damit verbessern wir den Übergang vom Fahrrad und Auto zum öffentlichen Nahverkehr.

Autoverkehr

Durch eine grüne Welle wollen wir zu einer autofreundlicheren Stadt werden. Dabei investieren wir in intelligente Verkehrstechnik und Verkehrsmanagementsysteme.

Schleichverkehr wollen wir vermeiden. Ein ideologisches Tempolimit von 30km/h auf einzelnen Hauptverkehrsstraßen lehnen wir ab. Tempolimits sollen nur der Verkehrssicherheit dienen. Mobile Blitzer dürfen nur an Gefahrenstellen eingesetzt werden. Die Stadt darf sie nicht willkürlich zur Erhöhung der städtischen Einnahmen verwenden.

Die FDP ist gegen die Vernichtung von Parkplätzen. Die Innenstadt und die Bezirkszentren Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf müssen gut erreichbar bleiben. Die „Brötchentaste“, kostenloses Parken am Sonntag und Parkscheiben-Parken am Samstag in Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf müssen erhalten bleiben.

Im Straßenbau setzen wir auf Kreisverkehre statt Ampeln. Sie sind günstiger, sicherer und lassen schnelleren Verkehr zu. Wir wollen außerdem die Gewerbegebiete besser für den Verkehr erschließen.

Die FDP setzt sich für den „Autobahnbogen Bonn“ ein. Wir fordern, die A565 und die A59 sechsspurig auszubauen. Während aller Bauzeiten müssen wir vier Fahrstreifen gewährleisten. Wir wollen Flüsterasphalt verbauen, um den Lärm zu senken.

Alle Maßnahmen im Straßenbau kosten Geld. Aber nicht alle Maßnahmen bringen entscheidende Vorteile. Avisierte Bauvorhaben muss die Stadt aus Rücksicht auf den Haushalt auf ihre Dringlichkeit und ihren Nutzen hin prüfen. Auch wenn Land oder Bund einen großen Teil finanzieren, müssen wir jedes Projekt in Bezug auf seinen Nutzen kritisch hinterfragen.

11 Wohnen und Bauen

Bonn wächst. Bis 2030 rechnen wir mit einem Anstieg der Bevölkerung auf bis zu 342.000 Einwohner. Schon heute fehlen rund 5.000 Wohnungen in Bonn. Wir brauchen daher ein Programm, das Wohnraum schafft. Gleichzeitig nehmen wir die Bürger mit ihrer Sorge um zu starke Verdichtung ernst.

Wir wollen die Bürger in die Planungen der Stadt einbeziehen. Wir fordern, besonders bei größeren Bauvorhaben mehr Bürgerwerkstätten durchzuführen.

Gebiete, die nach § 34 Baugesetzbuch nach dem so genannten Einfügungsgebot ausgewiesen werden, wollen wir reduzieren. In diesen Verfahren kommt es oft zu Streit. Stattdessen soll die Stadt vorausplanend mit Bebauungsplänen arbeiten. Diese muss sie schneller als heute bearbeiten. Die Stadt muss das so genannte Baulückenschließungsprogramm fortsetzen.

Die Zweckentfremdungssatzung wollen wir abschaffen.

Die FDP fordert, dass die Stadtverwaltung ein Kataster für die städtischen Gebäude erstellt. Regelungen in Bundes- oder Landesgesetzen, die den Bau von Wohnraum hemmen, müssen abgebaut werden. Dafür soll sich die Stadt einsetzen und sich gegen neue Erschwernisse wehren, soweit es ihr möglich ist.

Die FDP fördert den sozialen Wohnungsbau. Hierfür wollen wir die VEBOWAG mit dem nötigen Kapital ausstatten.

Umweltschutz

Aus Umweltsicht bevorzugen wir, bestehende Siedlungen nachzuverdichten. Das heißt, dass wir nicht weiter neue Fläche verbrauchen, sondern die bestehenden Flächen bestmöglich ausnutzen. Das ist aus unserer Sicht auch die nachhaltigste Lösung.

Wir wollen das so genannte „Flächenrecycling“ anhand eines Modellversuchs erproben. Dazu wollen wir ein altes Siedlungsbaugelände der 50er oder 60er Jahre mit modernen Standards (zum Beispiel Barrierefreiheit) neu planen.

Gleichzeitig wollen wir die Maßnahmen zum ökologischen Ausgleich auf ein Mindestmaß reduzieren. Bonn benötigt zum Beispiel weiterhin hochwertige Bauflächen, in denen junge Familien ihr eigenes Heim bauen können. Damit machen wir den Wohnraum günstiger und nutzen das so genannte Ökopunktekonto konsequenter. Das bestehende System wollen wir weiter ausbauen. Mit den Ökopunkten wird der Eingriff in die Umwelt durch den Bau gerecht ausgeglichen.

Stadtentwicklung und Stadtbild

Das Zentrum ist die Visitenkarte Bonns und gleichzeitig Raum zum Leben und Einkaufen. Der Lebenswert Bonns wird ganz wesentlich durch die Gestaltung der Innenstadt mitbestimmt. Bonn muss unverwechselbar bleiben. Bonn ist außerdem eine Stadt mit hoher Kaufkraft. Daran muss sich die planerische und gestalterische Ausstattung der Innenstadt orientieren.

Mit dem „Masterplan Innere Stadt“ wurde eine hervorragende Grundlage für die weitere Gestaltung gelegt. Aber die historisch gewachsenen Stadtbezirke und Stadtteile dürfen nicht aus dem Blickfeld der Stadtplanung verschwinden. Den Masterplan wollen wir weiterentwickeln und den Verkehrsentwicklungsplan stärker einbeziehen.

Die FDP will den Bahnhofsvorplatz und das „Nordfeld“ schnell neu gestalten. Bei der „Südüberbauung“ setzen wir auf die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt. Wir wollen das Projekt nur mit einem zuverlässigen Investor umsetzen. Die FDP fordert, den Citybogen umzusetzen. Dabei werden Wesselstraße und Rathausgasse für den Individualverkehr gesperrt. Dafür wird die Fußgängerzone erweitert.

Wir wollen das Stadthaus sanieren und sein Umfeld aufwerten. Das „Viktoria-karrée“ soll zum nach außen geöffneten Viertel mit Nutzungs-Mix werden. Die FDP möchte die Innenstadt zum Rhein öffnen und den Zustand der Rheinpromenade verbessern.

Bonn ist eine internationale Stadt. Dazu gehört für uns eine Baukultur mit hohem architektonischem Wert. Die mehr als 2.000-jährige Geschichte der Stadt Bonn soll sichtbar und mit Ästhetik und zeitlosem Design verbunden sein. Dazu brauchen wir mutige Impulse von ambitionierten Stadtbild-Gestaltern in Architektur, Politik und Stadtverwaltung. Die FDP will in der Stadt eine Kehrtwende hin zu einer neuen architektonischen Identität entwickeln. Dafür müssen wir auch bei den Entscheidern ein neues Bewusstsein schaffen.

Die FDP fordert, dass die Stadtverwaltung das Lärmkataster weiter regelmäßig fortschreibt.

12 Sicherheit

Sicherheit ist für alle Bonner wichtig. Wir brauchen Strategien und Instrumente, um die Bürger und unsere Stadt zu schützen. Das gilt für die Sicherheit auf den Straßen genauso wie in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Dafür wollen wir Stadtentwicklung und Vorbeugung von Kriminalität besser miteinander verknüpfen.

Die FDP fordert, die Straßen, Wege und Plätze besser zu beleuchten. Das erhöht die Sicherheit der Bürger. Stadtbezirke, in denen die Beleuchtung verbessert wurde, sind jetzt am Abend und in der Nacht stärker belebt.

Wir wollen eine wirkungsvolle Polizeipräsenz an Brennpunkten. Zum Schutz von Fahrgästen und Fahrern fordern wir mehr Sicherheitspersonal im Öffentlichen Personennahverkehr. Wir ziehen eine gute personelle und sachgerechte Ausstattung der Polizei dem Anbringen von Videokameras vor. Dafür muss die Landesregierung Geld bereitstellen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass künftig verstärkt Streetworker eingesetzt werden. Das soll in Abstimmung mit der Verwaltung und der Polizei erfolgen.

13 Umwelt

Im Vergleich mit anderen Kommunen ist Bonn in der Umweltpolitik führend. Die regelmäßige Verleihung des „European Energy-Awards“ unterstreicht das eindrucksvoll. Bonn gehört zu den Städten, die bereits jetzt eine Bilanz für CO₂ (Kohlendioxid) erstellen. Die Energieagentur in Bonn berät die Bonner beim energiesparendem Bauen und Sanieren. Das be-

weist auch das Engagement der Bonner Umweltverwaltung für ihre Bürger. Die Stadt Bonn nutzt für ihre eigenen Gebäude Ökostrom, auch bei der energieintensiven Stadtentwässerung. Das hat Modellcharakter. Das Klimaschutzprogramm in Bonn geht über die Ziele der Landesregierung hinaus.

Wir wollen diesen hohen Standard halten.

Die FDP fordert für die Mitarbeiter der städtischen Betriebe ein Jobticket. Die Stadt soll für ihre eigenen Fahrzeuge außerdem die Abgase im Straßenverkehr verringern. Wenn sie neue Fahrzeuge anschafft, soll sie möglichst die mit dem geringsten Ausstoß von Schadstoffen einkaufen. Die FDP will die Lücken im Radwegenetz schließen, damit mehr Bürger vom Auto aufs Fahrrad umsteigen. Dafür brauchen wir auch genug und sichere Abstellplätze.

Wir fordern, das Bonner Kanalnetz und die Kläranlagen zuverlässig zu pflegen und zu erneuern.

Das größte Potenzial, um Energie in Bonn zu sparen, liegt in den bestehenden Gebäuden. Beim Energiesparen wollen wir Klima und Portemonnaie der Bürger schonen. Daher wollen wir mehr für die Energieagentur werben.

Die FDP fördert alternative Energien. Wir setzen dabei auf richtungsweisende Techniken, besonders wenn sie in der Wissenschaftsstadt Bonn entwickelt werden. Unser Augenmerk liegt dabei auf dem physikalischen Potenzial und ihrer Effizienz.

Wir wollen, dass die Bonner Bürger weiterhin ihre Abwässer und den Haus- und Sondermüll preisgünstig entsorgen können. Dafür wollen wir mit unseren Nachbargemeinden besser zusammenarbeiten. Dadurch lassen wir unsere Anlagen optimal aus. Die Müllverbrennungsanlage wollen wir stetig modernisieren. So bleibt die Anlage wettbewerbsfähig und selbständig. Das wirkt sich günstig auf die Gebühren für die Bürger aus.

14 Sport

Breiten- und Spitzensport gehören zu Bonn. Sie sind ein fester Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens. Wir verfügen in Bonn über ein hervorragendes Sportangebot. Das soll so bleiben. Damit wir das Angebot in Bonn weiter halten können, wollen wir den Sport besser mit der Wirtschaft verknüpfen. Wir wollen das Sponsoring verstärken. Bei der Partnerschaft gewinnen Sport und Wirtschaft gleichermaßen.

Vereine unterstützen

Die Bonner Sportvereine wollen mehr Verantwortung für ihre Sportanlagen übernehmen. Die FDP unterstützt das Engagement unserer Vereine. Wenn sie selbst ihre Sportstätten verbessern, wollen wir städtische Zuschüsse für die Beschaffung von Material ermöglichen. Mit den neuen Sportförderlinien ist ein erster großer Schritt gemacht. Wir wollen aber die Förderung noch verstärken, damit die Vereine in Bonn Planungssicherheit bekommen.

Neue Wege gehen beim Bau von Sportstätten

Die FDP ermutigt private Investoren, in Bonner Sportstätten zu investieren und neue zu errichten. Dafür wollen wir die Genehmigungsprozesse in der Stadtverwaltung einfacher und liberaler machen.

Neue Sportstätten beheben die Engpässe in der Nutzung der Sporthallen. Die FDP hat verhindert, dass die so genannte Sportstättennutzungsgebühr wieder eingeführt wird. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Vereine in Bonn nicht weiter finanziell belastet werden. Denn das würde die Vereine schwächen. Familien könnten sich die Mehrkosten für den Sport nicht mehr leisten. Wir wollen nicht, dass die Sportvereine Mitglieder verlieren.

Die FDP fordert, dass die Stadt ein Sportstättenkataster erstellt. Damit bekommen wir das erste Mal einen genauen Überblick über die Bonner Sportanlagen. So können wir den Zustand, geplante Investitionen und die Belegung der Sportstätten auswerten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Erlöse der Sportstätten im Sport bleiben. Wenn sie Sportplätze, auch ehemalige, vermarktet, erzielt die Stadt Erlöse. Wir wollen die Einnahmen wieder im Sportbereich investieren und neue Projekte schneller verwirklichen.

Sportpark Nord zu einer modernen Wettkampfstätte ausbauen

Der Sportpark Nord ist das größte Stadion in Bonn. Das Stadion hat jetzt Flutlicht und eine elektronische Anzeigetafel erhalten. Trotzdem ist mit bloßem Auge zu sehen, wie der Zahn der Zeit am Sportpark Nord genagt hat. Er weist viele bauliche und sporttechnische Mängel auf. Sie müssen mittelfristig behoben werden.

Das Stadion wollen wir für sportliche Großereignisse weiter modernisieren und ausbauen. Die FDP unterstützt das Projekt „Sportpark Nord 2020“.

Bonn braucht ein Bäderkonzept

Die FDP macht sich dafür stark, alle Bonner Freibäder zu erhalten. Freibäder sind eine beliebte Freizeitstätte für die Bonner, besonders für Familien. Daher muss auch das Römerbad das überfällige Kinderbecken erhalten. Wir wollen die Fördervereine der Freibäder in Ihrem Engagement unterstützen.

Anders sieht die Situation bei den Bonner Hallenbädern aus. Das Viktoria-bad in der Innenstadt wurde geschlossen. Das war ein wichtiger Schritt, um die Bonner Bäderlandschaft zu überarbeiten. Jetzt müssen wir dringend die verbleibenden Hallenbäder in Bonn, Beuel, Bad Godesberg und Hardtberg sanieren. Dafür fordert die FDP ein tragfähiges und zuverlässiges Bäderkonzept.

Für die Bonner Zukunft wollen wir ein modernes Sport-, Freizeit- und Familienbad an zentraler Stelle. Dafür haben wir das Areal rund um das Römerbad im Auge. Wir wollen das vorhandene Freibad mit einem neuen Hallenbad verbinden. Das Römerbad ist verkehrsgünstig an den öffentlichen Nahverkehr und die Autobahn angeschlossen. Es ist auch von den rechtsrheinischen Ortsteilen gut zu erreichen. Schon jetzt sind ausreichende Parkplätze vorhanden. Ein modernes Bad nahe dem Sportpark Nord vereint sozialpolitische und sportliche Vorteile.

Um diese Planungen zu finanzieren, wollen wir das Frankenbad schließen und das Grundstück vermarkten. Dabei wollen wir den Vorplatz in seiner jetzigen Form erhalten.

15 Bürgerbeteiligung

Bonn lebt von dem Engagement der Bürger für ihre Stadt. Dieses Engagement trägt in hohem Maße zur Lebensqualität und zum Lebensgefühl in Bonn bei. Liberale wissen, dass sich eine Gesellschaft nur mit dem Einsatz ihrer Bürger weiterentwickelt. Die FDP setzt auf das Engagement jedes Einzelnen.

Bürgernahe Verwaltung

Die Stadt soll den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Eine bürgernahe Verwaltung lebt davon, dass ihre Entscheidungen transparent und verständlich sind. Ein wichtiges Mittel dafür ist „Open Government“. Dabei nutzen wir die Wege der modernen Kommunikation.

Die FDP hat durchgesetzt, dass Bürgeranträge auch online gestellt werden können. Damit haben wir die politische Mitwirkung deutlich erleichtert. Mit „Open Data“ stellt die Verwaltung jetzt auch wichtige Daten online bereit. So können die Bürger sich besser selbst ein Bild machen. Die FDP hat die

Einführung von „Open Data“ in Bonn aktiv unterstützt. Wir wollen es in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

Entscheidungen des Stadtrats transparent machen

Das wichtigste Entscheidungsgremium in Bonn ist der Stadtrat. Die FDP will eine große Transparenz der Ratsarbeit schaffen. Wir wollen den Stadtrat und seine Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen lassen, wenn es gesetzlich möglich ist.

Die Gemeindeordnung NRW sieht vor, dass bei bestimmten Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Das legt der Stadtrat in seiner Geschäftsordnung fest. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass in Bonn nicht immer klar ist, weshalb die Gremien bestimmte Themen nicht-öffentlich behandeln. Die FDP hat daher erwirkt, dass die Verwaltung bei den nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkten angeben muss, warum sie nicht-öffentlich sind. Die in der Geschäftsordnung genannten nicht-öffentlichen Bereiche sind sehr weit gefasst. Daher wollen wir die Geschäftsordnung des Rats überarbeiten. So können die Bürger besser an den Sitzungen teilnehmen.

Mehr Bürger beteiligen

Die FDP will die Bürger besser an der Findung von Entscheidungen beteiligen. Wir laden sie ein, die Politik zu unterstützen. Das ist besonders wichtig bei umstrittenen Themen. Die Beteiligung der Bürger kann die Entscheidung der gewählten Vertreter nicht ersetzen. Die FDP sieht sie als Ergänzung und Unterstützung.

Die Bonner FDP hat die Erarbeitung der „Leitlinien Bürgerbeteiligung für die Stadt Bonn“ unterstützt. Wir setzen darauf, dass Bürger, Politik und Verwaltung mehr gemeinsame Lösungen erarbeiten.

Gerade bei größeren Bauprojekten können die Bürger durch Werkstätten bereichernde Ideen einbringen, die sonst verloren gehen. Wir wollen, dass die Bürger ihren Sachverstand einbringen. Diese Möglichkeit zur Beteiligung wollen wir häufiger anbieten.

Die FDP will das Potenzial einer größeren Beteiligung der Bürger nutzen. Dafür müssen wir die Bürger besser über ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung informieren. Wir wollen eine Informationskampagne über die vielfältigen Möglichkeiten zur Beteiligung starten. Zum Beispiel sollen Bonner Neubürger bei der Anmeldung eine Broschüre über ihre Möglichkeiten zur Beteiligung erhalten. Ebenso wollen wir in Schulen und Vereinen für eine Beteiligung werben.

Die FDP will ihre Bürger auch an der Diskussion um den Haushalt der Stadt Bonn stärker einbinden. Die Stadt hat mit „Bonn packt's an“ zwei Mal die Bürger beteiligt. Wir wollen die Aktion weiterentwickeln.

Ausschuss für die Beteiligung der Bürger erhalten

Jeder Bürger kann seine Anliegen der Politik als Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung NRW vortragen. Die FDP will diese „Bürgeranträge“ weiterhin im eigenen „Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und lokale Agenda“ behandeln. Durch den selbstständigen Bürgerausschuss geben wir der Beteiligung der Bürger eine hohe Bedeutung. Wir fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Haushalt für Bürgerbeteiligung.

Direkte Demokratie

Eine wichtige Beteiligung der Bürger sind das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid. Die FDP hat in der vergangenen Legislaturperiode im Land die demokratische Beteiligung gestärkt. Der Ratsbürgerentscheid wurde eingeführt, bei dem die Bürger an Stelle des Rats entscheiden können. Dabei wollen wir die gewählten Vertreter nicht von ihrer Verantwortung entbinden.

Es ist die Verantwortung der Politik, sich für mehr Interesse und eine größere Beteiligung der Bürger einzusetzen. Die FDP will Bürgerbegehren und Bürgerentscheid weiter ausweiten.

16 Verbote verbieten

Die Lebensqualität in Bonn hängt auch von der persönlichen Freiheit der Bürger ab. Damit sich die Menschen wohlfühlen, dürfen sie nicht durch unnötige und kleinkarierte Vorgaben eingeschränkt werden. Wir vertrauen auf eigenverantwortliches Handeln der Bürger.

Die FDP lehnt ein Alkoholverbot im Öffentlichen Personennahverkehr und auf weiteren öffentlichen Plätzen ab. Genauso wollen wir nicht, dass der Alkoholverkauf in den Abendstunden verboten wird.

Alle Aktivitäten rund um den „Vegetarischen Donnerstag“ bevormunden die Bürger in anmaßender Weise. Sie müssen sofort eingestellt werden.

Die „Gestaltungs- und Werbesatzung Innenstadt Bonn“ greift in zu hohem Maße in die Rechte der Immobilienbesitzer ein. Die FDP fordert, sie grundlegend zu überarbeiten. Wir akzeptieren nur dann Vorschriften zur Gestaltung, wenn öffentliche Fläche betroffen ist. Ein Beispiel ist die Außengastronomie.

Wir wollen allgemein alle Verordnungen und Satzungen auf überstrenge, veraltete und überflüssige Vorgaben durchsuchen und sie liberalisieren.